

Sehr geehrte KollegInnen,

Berlin 15.10.2016

ich möchte Ihnen nach einiger Zeit einige neue Informationen zur SGB VIII-"Reform" zukommen lassen.

Zuerst möchte ich Ihnen jedoch eine kleine Begebenheit beschreiben, die ich heute in meinem Supermarkt (keinem Discounter) erlebte:

Vor mir ein Kunde, er und die Kassiererin scherzen, ich bekomme deren Gespräch nicht von Beginn an mit, da ich in eigenen Gedanken bin. Dann höre ich folgendes: Kassiererin: Na, für Spaß müssen wir noch keine Steuern bezahlen. Kunde: Nein, noch nicht. Aber die SPD wird nächstes Jahre einen Denkkzettel bekommen und hoffentlich unter 15 % sinken. Kassiererin: Na, die peitschen jetzt alle möglichen Gesetze noch durch, da spielt das keine Rolle mehr.... Ich lächelte die Kassiererin an, sie wußte nicht, dass ich genau diesen Eindruck auch habe. Ich frage mich, wieviel Menschen in diesem Land, diesen Eindruck auch haben. Ich lese heute in einer Zeitung von der Planung von Schäuble/Gabriel, die Autobahnen in Bundesbesitz zu holen, um dann die Privatisierungen einzuleiten.... Die Zeitungen sind voll von Meldungen, dass die große Koalition jeden Tag versucht, Gesetze durchzupeitschen, die nicht selten mit Grundgesetzänderungen verbunden sind.....

Zunächst möchte ich allen sehr sehr herzlich danken, die offensichtlich in sehr großer Zahl ihren Protest gegenüber den Bestrebungen des bmfsfj zum Ausdruck brachten und u.a. an das Ministerium einen Brief/ Mail geschrieben haben. Danke! Großen Dank! Der Protest wird weitergehen... siehe unten!

I. Im folgenden mich ich Ihnen zunächst die Unterlagen beschreiben, die ich beifüge oder deren Links ich hierin setze.

1. a) Ergänzung zu meiner Stellungnahme - 21.9.2016:

Wodurch ändern sich Menschen und wer ist auf Augenhöhe? Die geplante SGB-Reform in zwei Punkten ernst genommen und zu Ende gedacht.

Marie-Luise Conen

(in Kürze auf meiner Webseite: www.context-conen.de Jugendhilfe)

1 b) Marie-Luise Conen: Betrachtungen zum abschließenden Verbändetreffen am 30.9.2016 auf Einladung des bmfsfj anlässlich der geplanten SGB VIII-„Reform“

2. Stellungnahme des "Paritätischen" Gesamtverband (30.9.2016)

3. Stellungnahme Reinhard Wiesner - Reform oder Rolle rückwärts? 22.9.2016

4. Stellungnahme Norbert Struck - Wird das SGB VIII kaputtreformiert? 30.9.2016

5. Stellungnahme der AGJ: Widersprüche im Reformprozess 29.9.2016

6. Des weiteren füge ich eine Fassung der Begründung der Arbeitsfassung Reform VIII_2 des bmfsfj vom 23.8.2016 bei. In dieser Fassung sind die Änderungen und Streichungen (gestrichen/gelb) markiert, so dass Sie Änderungen zur ersten Arbeitsfassung vom 7.6.2016 vergleichen können. Wie ich bereits in einer anderen Mail mitteilte, habe ich mich darauf konzentriert die Argumentationsstränge heranzuziehen (anstatt die Gesetzestextentwürfe selbst, dies überlasse ich kenntnisreichen Juristen).

7. Presse

So langsam rollen unsere Bemühungen an, dass die Presse über die geplante Gesetzes-„Reform“ berichtet. Im Anhang findet sich ein Artikel, der am 13.10.17 in der TAZ erschien.

8. Artikel von Ernst-Wilhelm Luthe, HSL in Wolfenbüttel – er war „maßgeblich“ an der Gesetzesreform beteiligt. Er hat in Bielefeld studiert und den Ruf „neoliberal-etatistisch“ unterwegs zu sein. Herr Prof. Dr. Luthe bezieht sich auf die Systemtheorie Niklas Luhmanns. Ugh! Meinen Kommentar zu seiner „unsäglichen“ Involviertheit in der geplanten Gesetzesnovellierung finden Sie in meinen „Betrachtungen...“ (siehe Anhang 1 b).

9. Abschließend noch Hinweise zur weiteren Entwicklung seit meiner letzten Rundmail:

A. SGB- VIII –Reform und weiterer Ablauf

Die zahlreichen kritischen Stellungnahmen der Fachverbände sowie die breite Ablehnung auch der Basis hat in Teilen ihre Wirkung gezeigt. Zunächst war es das Wichtigste dazu beizutragen, dass diese Reform nicht noch in diesem Jahr im Bundestag verabschiedet wird. Dies ist wohl gelungen.

Das nächste Ziel ist es, die derzeitigen Bemühungen des Familienministeriums (Ministerin Schwesig, SPD) zu unterminieren. Auch hier gibt es eine Zeitschiene und auch hier gibt es Möglichkeiten sich einzumischen.

Nachdem die Abteilungsleiterin Bettina Bundszus im Verbändetreffen immer wieder betonte, dass man noch in dieser Wahlperiode das Gesetzespaket abschließen möchte, ist der Zeitplan seitens des bmfsfj „recht klar“ – es gehören jedoch noch weitere Beteiligte dazu, um deren Vorhaben Realität werden zu lassen.

Man rechnet damit, dass es in Kürze einen Referentenentwurf des bmfsfj geben wird, dieser wird dann an das Kanzleramt gehen, danach geht ein Regierungsentwurf an den Bundesrat und weiter an den Bundestag. D.h. hier haben wir noch viele Möglichkeiten der Einflussnahme. Sobald ein Referentenentwurf vorliegt, sind die nächsten Schritte des Widerstands angesagt. Ich werde Sie dazu dann im weiteren unterrichten – und Sie sicherlich zu neuen „Taten“ aufrufen – und hoffe darin wieder auf Ihre Unterstützung.

B. Länderfinanzausgleich und „Regionalisierung der Jugendhilfe“

Uns war stets die andere zweite „Front“ präsent, d. h. die Bemühungen von Schäuble und Scholz, sowie anderen Ländervertretern im Rahmen der Verhandlungen zum 2019 auslaufenden Länderfinanzausgleich auch die Jugendhilfe zu „regionalisieren“.

Der Vorschlag des Bundes in einem 15-Punkte-Papier zu „Maßnahmen für die Verbesserung der Aufgabenerledigung im Bundesstaat“ lautet unter Punkt 5:

„Regionalisierung der Sozialgesetzgebung“

„Die Länder erhalten Abweichungsrechte (art. 72 Absatz 3 GG) für Art und Umfang der Leistungsgewährung im Sozialbereich (Eingliederungshilfe, Kinder- und Jugendhilfe)“.

Damit würden gesetzliche Ansprüche und Standards außer Kraft gesetzt. Es hört sich vielleicht harmlos an, von „Regionalisierung“ zu sprechen. Aber damit geht eine Aushöhlung zentraler Ideen des Grundgesetzes einher: die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland, gleich in welchem Bundesland der Bürger lebt.

Gleichzeitig wird das verfassungsrechtlich garantierte Sozialstaatsgebot in Frage gestellt, da mit diesem Bestreben die Sozialgesetzgebung je nach Gusto außer Kraft gesetzt werden könnte. Ein solche Grundgesetz-Veränderung bedarf einer entsprechenden Mehrheit im Bundestag. Diese wäre nur noch in dieser Legislaturperiode ohne größere Hürden zu erreichen. Der Bund und die Länder drücken daher auf die „Tuba“ – *Es ist ein Kreuz mit dieser Großen Koalition, es wird Zeit, dass sie abgewählt wird! Ich schätze, dass insbesondere die SPD nicht zu verstehen scheint, dass sie sich damit näher an die 15 % Wählerstimmen heran bewegt. Siehe Gespräch oben in dieser Mail.*

Die Einschätzungen zu diesen Bestrebungen zeigen folgendes:

- Die Länder werden eine solche „Aufweichung“ „begrüßen“, da sie damit die befürchteten Folgekosten einer „inkluisiven Lösung“ flexibler „gestalten“ können. Denn dann ist es mehr oder weniger gleichgültig, was im neuen SGB VIII drin stehen wird
- Wenn die weiteren Diskussionen des bmfsfj sowie der Verbände und der Praktiker dazu führen sollten, dass da ein Gesetz entsteht, dass von vielen gut mit getragen und unterstützt wird (wie dies beim bisherigen KJHG der Fall war und ist), würden letztlich die Abweichungsrechte mittels dieser „Regionalisierung“ mit sich bringen, dass die jeweiligen Kämmerer der Kommunen darüber bestimmen werden, welche Sozialarbeit, welche Jugendhilfe, welche Hilfemaßnahmen „noch“ geleistet werden soll.
- Beides zusammen: der bisherige Gesetzentwurf und die „Regionalisierung“ würden einen Supergau der Sozialarbeit bzw. Jugendhilfe darstellen. Wie dieser aussieht, konnte jeder in den End-1980iger und 1990iger Jahren in Großbritannien (unter der Thatcher-Regierung) erleben. Ich habe noch nie so viele ausgebrannte Sozialarbeiter erlebt, wie zu dieser Zeit bei Besuchen im UK. Lange Zeit wollte im UK dann auch keiner mehr Sozialarbeit studieren und deutsche Studierende wurden umworben im UK tätig zu werden
- Innerhalb der Kommunen würde dies zu einer weiteren Schwächung der Jugendämter und der Jugendhilfe führen, denn schon jetzt gelten vielfach die Jugendämter als „Kostenverursacher“ d. h. Kämmerer nähmen noch mehr „Zugriff“ auf die Jugendhilfe.
- Die bereits jetzt in Teilen stattfindenden Rechtsbrüche innerhalb der Jugendhilfe würden dann „legalisiert“ werden.

<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2016/10/2016-10-14-beschluss-bund-laender.html>

<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2016/10/2016-10-14-pk-bund-laender.html>

Pressekonferenz des Koalitionsausschusses vom 6.10.16, ab Minute 9.30 erklärt Hasselfeldt, dass die Länder eine zusätzliche Komponente erhalten über Inhalt und Umfang der Leistungen der Jugendhilfe auch selbst mit zu bestimmen:

<https://www.youtube.com/watch?v=JSt7STltF20>

<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2016/10/2016-10-14-pk-bund-laender.html>

<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2016/10/2016-10-14-beschluss-bund-laender.html>

Um weitergehende Strategien und Überlegungen auszutauschen treffen sich Ende Oktober eine Reihe von Fachleuten.

10. Sozialraumorientierung und Niedrigschwelligkeit

Ich werde wiederholt – scheinbar insbesondere von jüngeren KollegInnen (die möglicherweise keine "andere" Sozialarbeit mehr kennen gelernt haben) – auf meine kritische Haltung gegenüber der Sozialraumorientierung angesprochen. Ich bin meinerseits verwundert, dass sich die „Follower“ wenig mit der Kritik an dieser „Ideologie“ auseinandersetzen. Ich selbst stamme aus der Gemeinwesenarbeit (GWA), habe u.a. dazu ausführlich bei C.W. Müller (dem damaligen Gemeinwesen-„Papst“ unter den Hochschullehrern) studiert und dieses Prinzip hat mich in meinen Ideen immer geleitet. Wer mein Konzept der „Aufsuchenden Familientherapie“ kennt und verstanden hat (!), der weiß, dass Individualisierung von Problemlagen wirklich nicht mein Ding ist. Im Kontext der SGB-VIII-Reformbestrebungen halte ich es absolut für fatal auf „infrastrukturelle Regelangebote“ zu setzen, nicht nur weil diese andere Grundüberlegungen prägen, sondern auch weitreichende – negative! - Folgen für viele, viele Kinder, Jugendliche und deren Eltern haben werden. Usw. Usw.

Daher hier ein Link zu einer GWA wie sie sein könnte, wenn man wollte und wie man „arme“ Menschen in ihren Quartieren politisieren und sie „Selbstwirksamkeit“ in ihrem Kiez erleben können:

<https://www.youtube.com/watch?v=xs4W1AQIm4E>

Dies ist Soziale Arbeit ohne Social Business, ohne Sozialtechnologie-Sauce und ohne „konstruktivistischen“ Überlegungen einer „zukünftigen Sozialen Arbeit“!!!

Ich möchte hierzu heute nur auf einige wenige kritische Veröffentlichungen hinweisen, ich selbst habe dazu „noch“ nichts geschrieben (was ich sicherlich noch nachholen werde, wenn andere „Schreibprojekte“ abgeschlossen sind). Vorerst möchte ich daher zunächst auf einige Links im Internet verweisen.

<http://bremerbuendnissozialearbeit.jimdo.com/aktionen-fachtage/fachtagung-kritik-der-sozialraumorientierung-9-12-2014/>

<https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&cad=rja&uact=8&ved=0ahUKEwjw2pG-x9zPAhUIBsAKHXjCC5cQFggeMAA&url=https%3A%2F%2Fwww.socialnet.de%2Frezensionen%2F2941.php&usg=AFQjCNEr9jFI3I9aIIONmJP-MJa-E2EVwg>

11. Abschluss:

Ich werde mich bald wieder an Sie wenden und hoffe auf ihre Unterstützung in den nächsten Schritten im Widerstand gegen die geplante Gesetzesreform des SGB VIII.

Ich bemühe mich, die Anhänge und meine Stellungnahmen stets auf meiner Webseite www.context-conen.de unter dem Button „Jugendhilfe“ zu veröffentlichen. Da ich meinen Webmaster darum bemühen muss, dauert dies ggfs. etwas.

Ansonsten bitte ich Sie, meine Rundmails an so viele KollegInnen wie möglich weiterzuleiten. Ich nehme auch gerne KollegInnen in meinen großen Verteiler auf

Falls Sie keine weiteren Rundmails mehr von mir erhalten wollen, lassen Sie mich dies wissen, eine kurze Mail mit „Abbestellen Rundbrief“ reicht.

Mit freundlichen herbstsonnigen Grüßen

Marie-Luise Conen